

# Helmut Samjeske

Kanzlei für grundrechtebezogene Gesetzesanwendung,  
Recht(s)beratung und -vertretung  
Tel.: 030 349 77 10

*Helmut Samjeske – Tegeler Weg 25 – 10589 Berlin*

## ***Hominum causa omne ius constitutum est***

An Polizeibehörden  
Nordrhein-Westfalens  
zur Aufforderung zum Schutz gegen  
öffentliche Gewalt der Stadt Menden und  
des Amtsgerichtes Menden

*Um der Menschen willen ist alles Recht geschaffen.*

*Flavius Anicius Hermogenianus Olybrius war ein spät-römischer Aristokrat, der Ende des 4./Anfang des 5. Jahrhunderts n. Chr. lebte.*

**- Nur per Mail -**

03. Juli 2019

## **Anforderung von Objekt-und Personenschutz**

### **Anforderung:**

*Im Namen und auf Grund des Auftrages von Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden, fordert der Verfahrensbevollmächtigte die Polizei auf, Personen- und Sachschutz zu gewährleisten, verbunden mit der Verpflichtung Verbrechen, gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. Genau diese Verbrechensbekämpfung / Verhinderung ist originäre Aufgabe der Schutzpolizei!*

*Zu schützende Person: Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Straße 12 b, 58708 Menden*

*Zu schützendes Objekt: Einfamilien-Reihenhaus, Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden*

### **Tatbestand:**

*Frau Katharina Blum, Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden, bewohnt und arbeitet im Einfamilienhaus Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden. Dieses Haus ist Eigentum von Frau Katharina Blum, wurde vermeintlich von der Deutschen Bank AG teilfinanziert.*

*Frau Katharina Blum löste die Finanzierung bei der Deutschen Bank AG ab, dennoch betrieb die Deutsche Bank AG die Zwangsversteigerung auf Grund von gegen Gesetz und Recht auf ranghöchster Basis, nämlich dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.05.1949, weiter.*

*Trotz massiver Intervention bis unmittelbar vor dem Zuschlagsbeschluss des Amtsgerichtes Menden, auch noch am Tage der Versteigerung, hat das Amtsgericht Menden dennoch die Immobilie versteigert und den Zuschlag Frau Tatjana Ilic, Am Waldesrand 63, 58093 Hagen erteilt.*

*Frau Tatjana Ilic hat – vermeintlich sie sei in dem Besitz eines rechtskräftigen Titels - daraufhin die Räumung des Hauses betrieben. Das Amtsgericht Menden hat ihr einen*

\*nach § 37 StBerG

Räumungsbeschluss zur Verfügung gestellt, der am 8. Juli 2019 durchgeführt werden soll.

Der Unterzeichner wendet sich als Verfahrensbevollmächtigter an Sie und erklärt:

Gerade zum 70. Jahrestag des Bonner Grundgesetzes, am 23.05.2019, wurden viele Reden und viele Informationsveranstaltungen durchgeführt, in denen auf die besondere Bedeutung und Wirksamkeit des Grundgesetzes zum wiederholten Male hingewiesen worden ist. Am 22.05.2019 um 19:27 Uhr beschwört Frank-Walter Steinmeier, „Begeisterung für die Verfassung“, in seiner Stellung als Bundespräsident. Er freut sich über die große Zustimmung der Bevölkerung zum Grundgesetz.

„Auch in den vergangenen Jahrzehnten ist das Grundgesetz als Glücksfall gefeiert worden, aber so oft wie heute wurden die Grundrechte selten zitiert, und auch der Ton war nie so kämpferisch“. .....: „Den Bürgern müsse es gelingen, möglichst viele von denen, die sich abgewandt hätten, wieder von der Grundordnung zu überzeugen. Das Grundgesetz und seine Werte müssten stärker im Bewusstsein der Bürger verankert werden. Trotz der positiven Haltung gegenüber dem Grundgesetz wissen jedoch die Deutschen über ihr Grundgesetz zu wenig“. (Berliner Schloss Bellevue anlässlich eines Matinee am Morgen des 70. Jahrestages des Bonner Grundgesetzes)

Steinmeier zieht das Fazit: „Die allermeisten befürworten das Grundgesetz, auch wenn sie es gar nicht sehr genau kennen. Ich denke, dass das Wissen zum Grundgesetz in unserem Land so groß werden sollte, wie die Zustimmungswerte es schon sind. Hirn und Herz im Gleichklang. Wir dürfen auch nicht hinnehmen, dass Millionen von Menschen grundlegende Zusammenhänge einfach nicht kennen.“

2

Daran anknüpfend darf ich feststellen, dass jedermann im öffentlichen Dienst auf das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet worden ist, ein großer Teil der öffentlichen Dienst durch Eid oder gesonderte eidliche Verpflichtungserklärung. Er darf dort nur eine Tätigkeit ausüben, wenn er die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinn des Grundgesetzes eintritt!

Weder Frau Tatjana Ilic noch die Deutsche Bank AG - jeweils in der Stellung als Grundrechtsträger - sind für das Grundgesetz vom 23.05.1949 als ranghöchstes bundesrepublikanisches Gesetz eingetreten. Sie hätten in diesem Fall, eine Zwangsmaßnahme gegen Frau Blum nicht betreiben dürfen.

Das Amtsgericht Menden hat diesen Feinden des Grundgesetzes und damit sich selbst mit Verfassungstätern identifiziert, folglich diesen alle Möglichkeiten gegeben, um mit öffentlicher Gewalt Frau Katharina Blum aus ihrem Einfamilien-Reihenhaus in der Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden zu vertreiben.

Gegen diesen Angriff hat diese sich zur Wehr gesetzt, wobei diesseits das Bewusstsein besteht, dass gemäß § 113 Abs. 3 StGB Frau Blum jegliche Abwehrmaßnahmen zur Verfügung stehen, allerdings wohl wissend, dass am Tag der Räumung die lediglich anscheinliche Gerichtsvollzieherin Schauer mit bewaffneten Polizeikräften die Räumung – wider dem Grundgesetz vom 23.05.1949 - vollziehen wird und unter Verweis auf das Gesetz zur Anwendung unmittelbaren Zwanges (UZwG) auch meinen Tod billigend in Kauf nimmt.

Dieser unmittelbare Zwang darf jedoch nur dann ausgeübt werden, wenn Rechtskraft unter Maßgabe des grundgesetzlichen Diktates eingetreten ist. Auf dieser Ebene **ist eben keine Rechtskraft** eingetreten. Frau Blum wird auf der Ebene der unverbrüchlichen und unveräußerlichen Grundrechte, die auch unmittelbare Geltung haben, massiv verletzt.

Frau Blum ist in der Sache nicht untätig geblieben, sondern hat dem Amtsgericht Menden folgende Rechtsmittel vorgelegt:

1. Schriftsatz der Kanzlei für grundrechtebezogene Gesetzesanwendung, Recht(s)beratung und -vertretung, Helmut Samjeske, Tegeler Weg 25, 10589 Berlin vom 26.06.2019, in dem dieser die Verletzung der Grundrechte rügt, die Nichtigkeit der Zwangsversteigerung einredet und dies als Rechtsmittel aus Art. 1 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 17 GG bezeichnet.
2. Schriftsatz vom 28.06.2019 als Nachtrag zum Schriftsatz vom 26.06.2019, in dem noch einmal ganz besonders unter Verweis auf die Entscheidung des anscheinlichen Bundesverfassungsgerichts 49, 220, Seite 241 ff. das grundgesetzwidrige Handeln des Amtsgerichts Menden offenbart worden ist.
3. Schriftsatz vom 01.07.2019, in dem die Nichtigkeit des Beschlusses des Amtsgerichts Menden zur Vollstreckung, zu Aktenzeichen 2 M 729/19, bewiesen worden ist.
4. Schriftsatz vom 02.07.2019 an das Amtsgericht Menden zu Aktenzeichen 002 K 029/17 und Aktenzeichen 2 M 729/19 als Antwort auf den Versuch des Amtsgerichts Menden, Frau K. Blum als krank und damit reif für eine Behandlung in der psychiatrischen Klinik einweisen zu können. In diesem Schriftsatz ist dezidiert auf die Verpflichtung aller öffentlich Dienstleistenden hingewiesen, das Diktat des Bonner Grundgesetzes zu beachten, anzuwenden, durchzusetzen und zu gewährleisten.

3

Unter Maßgabe des Grundgesetzes ist eine Trennung zwischen Erhebungs- und Festsetzungsverfahren zum Vollstreckungsverfahren unzulässig, und zwar dann, wenn Vollstreckungshandlungen unter Missachtung des grundgesetzlichen Diktates ausgeführt werden. Ausweislich der Ihnen als Anlage beigefügten Schriftsätze wird Frau Blum in ihren elementaren Grundrechten verletzt und die Gemeinde Menden, verbunden mit deren insgesamt tätigen öffentlichen Gewalt betreibt die Missachtung des Grundgesetzes mit tatsächlich aller Gewalt, auch mit Inkaufnahme des Todes meiner Mandantin durchzusetzen.

Gemäß Art. 19 Abs. 4 GG - das uneingeschränkte Grundrecht auf Rechtsgewährleistung - verlangt, vorgeiflich von Art. 20 Abs. 4 GG, als Maßnahme innerhalb des Rechtskreises die Nutzung aller Möglichkeiten, um die Eskalation einer Grundrechteverletzung / Menschenrechtsverletzung zu verhindern.

Auf dieser Ebene ersuche ich Ihre Polizeibehörde, sofort mir unmittelbare Hilfe zu Teil werden zu lassen, denn bei Gewährleistung des rechtlichen Gehörs durch das Amtsgericht Menden wäre dieses zwingend verpflichtet gewesen, jegliche Zwangsmaßnahmen, insbesondere die Räumung der Immobilie Fette-Bruch-Str. 12 b, 58708 Menden am 08.07.2019 zunächst vorläufig auszusetzen, um sorgfältig und gewissenhaft unter Beachtung des grundgesetzlichen Diktates zu prüfen, sich auf einen grundgesetzkonformen Sachstand zu bringen und sodann eine Entscheidung zu fällen, die genau diesem grundgesetzlichen Diktat entsprechen muss.

*Prof. Marc Desens, Universität Leipzig erkennt, dass die Gewaltenloyalität dort ihr Ende findet, wo der im Rahmen des Bonner Grundgesetzes als insgesamt bestehender vorgreiflicher und unerschütterlicher Rechtsetzungsrahmen verlassen wird. Die Gewaltenloyalität verlangt, innerhalb des Grundgesetzes geschaffenes Recht durchzusetzen, verweigert andererseits jedoch jeder Staatsgewalt ein Mitbetreiben von Grundrechteverletzungen.*


*Das Amtsgericht Menden hat bis heute nicht gemäß dem Diktat des Grundgesetzes gehandelt, so dass mir zwingend von jeder anderen Gewalt Schutz zu gewähren ist; wobei zunächst unmittelbarer Schutz durch Objekt- und Personenschutz durch die Schutzpolizei zu gewährleisten ist.*

*Wird am 08.07.2019 vollstreckt, dann werden Verbrechen physisch vollzogen, mit der Folge, daß jeder anwesende Polizeibeamte dagegen einzuschreiten hat.*

*Mit grundgesetzlichem Gruß*



Helmut Samjeske



**Anlagen:**

*Schriftsätze in Abschrift:*

- 1. vom 26.6.2019,*
- 2. vom 28.06.2019,*
- 3. vom 01.07.2019 und*
- 4. vom 02.07.2019*

*allesamt an das Amtsgericht Menden*

*PS. Aus alldem ergibt sich mindestens die Aussetzung der Vollziehung bzw. Aufhebung der Vollziehung!!! Erinnern Sie sich an Ihre Ausbildung. „Ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit“. Die bestehen hier und sind keiner Anweisung zugänglich!*